

**Schleswig-Holsteinischer Landtag
Umdruck 16/1210**

Ministerium für Justiz, Arbeit und Europa des Landes Schleswig-Holstein
Lisa Zimmermann
- Koordinierung Bundesrat, Landtag, Kabinett -

An den Sozialausschuss
des Schleswig-Holsteinischen Landtages

Per E-Mail

20.09.2006

Sehr geehrte Damen und Herren,

anliegendes Schreiben von Minister Döring an Bundesminister Müntefering
übersende ich zur Unterrichtung.

Herzlichen Gruß
Lisa Zimmermann

- Koordinierung Bundesrat, Landtag, Kabinett -
Ministerium für Justiz, Arbeit und Europa des Landes Schleswig-Holstein
App. 0431 988-3806
Fax. 0431 988-3804
mail: elisabeth.zimmermann@jumi.landsh.de

Ministerium für Justiz, Arbeit und Europa
des Landes Schleswig-Holstein | Postfach 71 45 | 24171 Kiel

An den
Bundesminister
für Arbeit und Soziales
Herrn Franz Müntefering
Wilhelmstr. 49

10117 Berlin

Ihr Zeichen:
Ihre Nachricht vom:
Mein Zeichen:
Meine Nachricht vom:

Uwe Döring
uwe.doering@jumi.landsh.de
Telefon: 0431 988-3700
Telefax: 0431 988-3805

18. September 2006

Neuregelung der Beteiligung des Bundes an den Kosten der Unterkunft und Heizung für SGB II – Leistungsberechtigte (KdU)

Sehr geehrter Herr Kollege,

in diesen Tagen finden die offiziellen Bund- / Länderverhandlungen über die KdU – Bundesbeteiligung ab dem Jahre 2007 statt. Dabei geht es nicht nur um deren künftige Höhe, sondern nach den Vorstellungen einer knappen Mehrheit der Länder auch um eine neue regionale Verteilung der Bundesmittel einschließlich der ja gesetzlich garantierten kommunalen Gesamtentlastung von jährlich 2,5 Mrd. Euro.

Ich möchte deshalb als der für die SGB II – Umsetzung im Lande federführend zuständige Ressortchef ganz deutlich machen, dass Schleswig-Holstein weder die Ansicht des Bundes hinsichtlich einer Kürzung der bisher vom Bund zur Verfügung gestellten 3,2 Mrd. Euro für KdU teilt (in denen die o.g. 2,5 Mrd. Euro im Übrigen bisher aufgehen), noch die von einigen Ländern geforderte Änderung des quotalen Systems unterstützt.

In diesem Zusammenhang übersende ich Ihnen einen entsprechenden Beschluss des Schleswig-Holstein Landtages, der am vergangenen Freitag einstimmig gefasst worden ist (Anlage).

Unbeschadet dieses unter den Ländern bisher nicht auflösbaren Verteilungskonflikts möchte ich keinen Zweifel daran lassen, dass Schleswig-Holstein voll und ganz hinter der einmütigen Länderforderung nach einer für unsere Kommunen auskömmlichen KdU-Beteiligung des Bundes steht. Nur wenn dies realisiert wird, können wir weiter auf die un-

verzichtbare Mitwirkung der kommunalen SGB II – Träger an der erfolgreichen Umsetzung der Arbeitsmarktreform setzen.

Ich halte darüber hinaus die bestehende, im Hartz IV - Vermittlungsverfahren des Jahres 2004 - übrigens in Abstimmung mit den kommunalen Spitzenverbänden - vereinbarte quotale Verteilung der KdU-Bundesmittel weiterhin für bedarfsgerecht. Dass hiervon Länder wie Schleswig-Holstein mit überproportionalen Sozialhilfelasten auch besonders profitieren, ist ein logischer und seinerzeit auch politisch gewollter Effekt. Das jetzt propagierte Konkurrenzmodell einer Festbetragsregelung mit Mehrausgleichsfunktion würde für die Hälfte der Länder zum Teil erhebliche Einbußen bedeuten. Profitieren würden dagegen vor allem Länder mit einer sowieso schon günstigen Wirtschafts- und Arbeitsmarktlage, wie etwa Bayern oder Baden-Württemberg. Dieses verteilungspolitisch fatale Ergebnis kann meines Erachtens nicht ernsthaft in Kauf genommen werden und schon gar nicht im Interesse der Bundesregierung liegen.

Mit freundlichen Grüßen

Uwe Döring
Minister